

# Verbraucher finanzieren Billigstrom mit

Ruderting, den 19.01.2017



Beim Energiestammtisch: Matthias Obermeier (v.l.), Karl Haberzettl, Kreisvorsitzender des Bund Naturschutz, Johannes Schmidt, Josef Pauli, Klimaschutzbeauftragter Peter Ranzinger, Erich Käser. – Foto: Wildfeuer

## Verbraucher finanzieren Billigstrom mit Energiestammtisch informiert über Kosten – Josef Pauli: Bei Preisvergleich auf Kleingedrucktes achten

**Ruderting.** Viele Haushalte müssen bei den Energiekosten tiefer in die Tasche greifen. Am steigenden Strompreis sind, so Josef Pauli, Geschäftsführer der Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut (EVG), aber nicht die erneuerbaren Energien „schuld“. Grund für die von den meisten Energieversorgern durchgereichte Verteuerung sei vielmehr, dass die Bürger den Billigstrom der Industrie mitfinanzieren. Beim BürgerEnergieStammtisch im Gasthaus Billinger informierte der Ingenieur über die Zusammensetzung des Strompreises und Vergleichsportale.

Josef Pauli betonte die Strompreistransparenz. Anhand des Tarifs „Perle 24“ der EVG Perlesreut erläuterte er die Komponenten, aus denen sich der Strompreis, der im EVG-Versorgungsgebiet heuer nicht steigt, zusammensetzt: Der Netto-Arbeitspreis von 22,5 Cent je kWh (brutto 26,78 ct/kWh) ergebe sich aus der EEG-Umlage in Höhe von 6,88 ct/kWh, den Netzentgelten (für die Nutzung der Stromnetze und Einrichtungen), die für Kleinkunden 6,22 ct/kWh betragen, dem Energiepreis von 5,22 ct/kWh, der Stromsteuer von 2,05 ct/kWh, der Konzessionsabgabe von 1,32 ct/kWh, einem KWK-Aufschlag (aus dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz) von 0,438 ct/kWh, der Offshore-Haftungsumlage von 0,028 ct/kWh und weiteren Kosten, etwa für abschaltbare Lasten in Höhe von 0,006 ct/kWh und StromNEV (Entgelte für den Netzzugang, von denen Betriebe befreit sind) in Höhe von 0,388 ct/kWh. Die Konzessionsabgabe für Haushalte sei für die Kommunen ein Instrument, das sie selbst festlegen können, sagte Pauli. Die Netzentgelte erhöhten sich von 4,25 ct/kWh im Jahr 2016 auf jetzt 6,22 ct/kWh. Ein Privathaushalt müsse bei einem Stromverbrauch von 3500 kWh derzeit rund 1054 Euro im Jahr an Strom bezahlen. Die Ökostromumlage, mit der der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert wird, errechne sich aus der Differenz zwischen den Einnahmen, die Stromerzeuger für ihren Strom erzielen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom, sagte Pauli. Je niedriger der Börsenpreis, desto höher die EEG-Umlage, von der immer mehr Unternehmen befreit sind. Dies führe dazu, dass private Stromkunden und kleinere Betriebe eine erhöhte EEG-Umlage tragen müssen. Zudem führe die Einsparung von Strom zu höheren Netzentgelten, die die Regulierungsbehörde je nach Leitungslängen und Anzahl der Hausanschlüsse und Einspeiseanlagen festlegt, informierte Pauli. Dem Netzbetreiber solle jede Verbrauchs- und müsse jede Erzeugungsänderung gemeldet werden.

Pauli zeigte anhand eines Mieterstrommodells für Mehrfamilienhäuser mit einer Photovoltaikanlage, die eine Hausgemeinschaft betreibt, die Chancen einer regionalen Stromversorgung auf. Die Mittel blieben in der Region.

Der Referent verglich den zu Beginn dargelegten Stromtarif der EVG Perlesreut mit anderen Anbietern, appellierte, nachzufragen, inwieweit jeweils die seit 2017 anfallende Nutzentgelterhöhung eingespeist sei: „Bei Strompreisvergleichen muss man auch das Kleingedruckte genau lesen.“

In der Diskussion kritisierten Zuhörer, dass mit der aktuellen Regelung einer Irreführung der Verbraucher Tür und Tor geöffnet werde. Netzbetreiber würden oftmals einen günstigeren Arbeitspreis je Kilowattstunde, aber einen höheren Grundpreis ansetzen. Steigen die Grundgebühren, würden die Netzentgelte gesenkt, sagte Pauli. Damit sei eine Sozialisierung des Strompreises möglich. Hans Zach regte an, beim Betrieb einer neuen PV-Anlage unter zehn KW auf die EEG-Vergütung zu verzichten bzw. für den gelieferten Strom Null Cent zu verlangen, um günstiger wegzukommen. Strom für den Eigenverbrauch und ein E-Auto zu erzeugen, ohne Einspeisung, sei nach aktuellem Stand durchaus sinnvoll, bestätigte Pauli. Moderator Johannes Schmidt, Kreischef der Katholischen Landvolkbewegung (KLB), die mit der Katholischen Erwachsenenbildung in Stadt und Landkreis, der Kreisgruppe des Bund Naturschutz, dem Fachlexika-Service-Käser, der Energievision Pauli und Peter Ranzinger, Klimaschutzreferent des Landkreises, zu den Initiatoren des im dritten Jahr aktiven BürgerEnergieStammtisches zählt, blickte auf die Aktivitäten im letzten Jahr zurück. Neben regelmäßigen Stammtischtreffen in Sittenberg fanden ein Vortrag mit Dr. Wolfgang Kessler zum Thema „Fairhandel statt Freihandel“ oder ein Abend zur Verkehrswende, eine Energiefachmesse und ein Treffen mit Bischof Rafael Garcia aus Ecuador zum Thema „Energiehunger gegen Regenwald“ statt. Heuer plant der BürgerEnergieStammtisch Sittenberg, den die ILE-Gemeinden „Passauer Oberland“ und „Ilzer Land“ unterstützen, neben Fachvorträgen zu Themen der Energiewende einen regionalen Klimagipfel als Veranstaltungsreihe und einer Einladung zum „Klima-Fasten“. **tw**